Wie es sein soll

Von Thomas Pollmächer

27. April 2018

Am Dienstag dieser Woche kam die bayerische Staatsregierung zur Einsicht, dass psychisch kranke Menschen vor allem Hilfe brauchen, nicht staatliche Aufsicht und polizeilichen Gewahrsam. Es ist nicht überliefert, welche Rolle dabei göttliche Eingebung und der massive öffentliche Druck der vergangenen Tage gespielt haben. Überliefert ist nur, dass zuvor die guten Argumente von Betroffenen, Angehörigen und Fachleuten wirkungslos verpufft sind.

Aber man soll gegenüber der Regierung ja nicht nachtragend sein, und so freut sich das Volk, dass es keine zentrale Datei zur Erfassung Untergebrachter geben wird. Damit ist der Weg frei für ein modernes Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz. Und genau dieser Weg muss nun beschritten werden, damit sich der Spitzenreiter Bayern auch an die Spitze einer Bewegung setzt, die bundesweit psychische Erkrankungen als ein Phänomen innerhalb der Gesellschaft begreift, das jeden von uns treffen kann. Ein Phänomen, das tatsächlich gefährlich werden kann. Vor allem für die Betroffenen, selten aber auch für andere. Der Verzicht auf die Unterbringungsdatei signalisiert, dass man begriffen hat, wie Gefahrenabwehr geht: durch Prävention, Hilfe und Behandlung. Diesem Grundsatz folgend, muss nun das Bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz ohne Zeitdruck neu gestaltet werden.

Eine Unterbringung in einer Klinik darf nur dann erfolgen, wenn eine Behandlung auch tatsächlich möglich ist und der Patient die Gefahr, die abgewendet werden soll, krankheitsbedingt nicht erkennen kann. Das Gesetz muss auf alle sprachlichen Parallelen zum Maßregelvollzug verzichten und den Kliniken aufgeben, die Behandlung ganz in den Vordergrund zu stellen. Einschränkungen der Freiheit des Patienten dürfen nur dann als Ultima Ratio angewandt werden, wenn es wirklich nicht anders geht. Es muss sichergestellt werden, dass keine Behörde ohne Zustimmung der Patienten oder ihrer Vertreter Zugang zu medizinischen Daten erhält.

Regelungen zum Ausgang müssen großzügig sein und in die Verantwortung der Ärzte fallen, ohne dass diese sich vorher mit Sicherheitsbehörden abstimmen müssen. Keinesfalls darf die Ausübung hoheitlicher Gewalt durch die Mitarbeiter außerhalb der Klinik erlaubt sein, so als wären sie Häscher mit polizeilicher Befugnis. Die Belange von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern, die im aktuellen Entwurf nahezu nicht beachtet werden, müssen spezielle Berücksichtigung finden. Und es muss die Regelung fallen, dass ausgerechnet die Universitätskliniken, in der gesamten Medizin zuständig für die schwierigsten Patienten, von der Verpflichtung ausgenommen werden, untergebrachte Patienten zu behandeln.

Die vorgesehenen Krisendienste sind eine wichtige Errungenschaft. Weitere gesetzlich geregelte Angebote zur Prävention sowie zur Unterstützung, Behandlung und Teilhabe psychisch kranker Menschen sind die Voraussetzung dafür, dass Krankenhausaufenthalte seltener notwendig werden.

Wenn der Entwurf in diesem Sinne umfassend revidiert wird, dann werden die Betroffenen die Hilfe gerne annehmen und damit das hohe Ziel des Freistaats Bayern unterstützen, Freiheit und Sicherheit seiner Bürger zu garantieren.

Wenn nicht, dann wird sich mit großer Sicherheit das Bundesverfassungsgericht später darum kümmern müssen.

应该是怎样的

来自：Thomas Pollmächer

2018年4月27日

在本周的星期二，巴伐利亚政府得出的结论是，精神病患者首先需要的是帮助，而不是国家监督和警察拘留。在过去的几天里，神的灵感和巨大的公众压力起了什么作用，尚不清楚。唯一清楚的的是，受影响者，亲属和专家的良好的论点在以前被淡化了。

但是人们不应该对政府不满，人们应该对中央档案没有记录住所这一项感到高兴。这为现代法律帮助精神病患者扫清了道路。也正是走这条路，才能使领先的巴伐利亚州也处于这场运动的最前沿，该运动将全国性精神疾病理解为一种可以影响我们所有人的社会现象，一种实际上可能变得危险的现象，尤其是对于那些受影响的人，但很少对其他人。放弃住房档案意味着您已经了解了如何处理安全性：通过预防，帮助和治疗。遵循这一原则，必须在没有时间压力的情况下重新设计《巴伐利亚精神健康援助法》。

只有当治疗可能进行，并且患者因为疾病无法识别应该避免的危险时才可以让患者入住诊所。法律应该放弃所有与语言上“预防性拘留”相似的内容，并且放弃诊所，把治疗放在第一位。

如果实在没有其他方法，则只能将限制患者自由作为最终手段。必须确保未经患者或其代表同意，任何机构都不能访问医疗数据。

关于外出的规定必须是宽松的，并且由医生负责，而不必事先与安全部门协调。员工在任何情况下都不得在诊所外行使权力，就像拥有警察权力的差役一样。当前草案几乎忽略了儿童，青少年及其父母的利益，这些利益必须给予特别考虑。并且必须有一项法规，规定免除负责最困难的患者的所有医科大学诊所的治疗住院患者的义务。进一步的为了预防的法律，如对精神病患者的预防、支持、治疗，以及参与的法律规定，是减少住院必要性的前提条件。

如果从这个意义上对草案进行全面修订，受影响的人将很乐意接受帮助，从而支持巴伐利亚自由州保障其公民自由和安全的崇高目标。

如果不是这样，那么联邦宪法法院很可能会在以后处理它。